

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Wichtig, aber reformbedürftig

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) unabhängig von seiner Reformbedürftigkeit als wichtiges Medium der objektiven und überparteilichen Berichterstattung grundsätzlich erhalten bleibt, und seine hohe Bedeutung in der freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung unterstrichen wird.
- dass der ÖRR in Angesicht der zunehmenden Skepsis der Bevölkerung ihr gegenüber seine Glaubwürdigkeit verbessert.
- dass die Anzahl der Länderanstalten reduziert und diese durch den Hauptsender koordiniert wird
- dass die regionale Berichterstattung weiterhin gestärkt wird, diese aber in den Hauptsender integriert wird. Zudem soll eine Programmsynergie durchgeführt werden.
- die Bündelung aller Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf einer einheitlichen Plattform. Diese muss cross-medial (Browser, App, Fernseher etc.) verfügbar sein, personalisierte Inhalte bieten und Interaktionsmöglichkeiten, durch die die Nutzer direkt an der Gestaltung von Inhalten beteiligt werden können, beinhalten. Die Inhalte müssen auf dieser Plattform exklusiv verfügbar sein, auf anderen Plattformen (Instagram, YouTube, etc.) dürfen diese lediglich beworben werden.
- dass Funk inhaltlich reformiert wird, so dass entsprechend des gesetzlichen Auftrags des ÖRR vor allem Themen beleuchtet werden, die in der Zielgruppe von Funk ansonsten unterbelichtet sind. Dabei muss eine politische Ausgewogenheit strukturell gewährleistet sein. Formate, die dem nicht entsprechen, müssen gestrichen werden.
- die Bereitstellung von Beiträgen in den Mediatheken unbefristet erfolgt. Gleichzeitig sollen zukünftige Produktionen voll finanziert werden und Produzenten fair für eine dauerhafte Lizenz für die Mediathek bezahlt werden.
- Gebühren zukünftig an klare Finanzierungs- und Effizienzkonzepte zu binden und andernfalls zu kürzen, zudem hat der ÖRR innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Digitalisierung vorzulegen. Außerdem sollen Studentinnen, Zivildienstleistende, Auszubildende und Schüler vom Rundfunkbeitrag befreit werden.
- dass sich die CDU zukünftig vehement für eine kompetente Besetzung des Fernsehrats und eine Stärkung seiner Kontrollfunktion einsetzt. Zusätzlich sollen Bürgerinnen und Bürger, die aus der Mitte der Gesellschaft gewählt werden, im Fernsehrat eine Stimme bekommen, um auch die Akzeptanz in der breiten Gesellschaft für den ÖRR zu gewährleisten.
- die Gehaltsstrukturen an den öffentlichen Dienst anzupassen. Zudem soll die Anzahl der Amtszeiten des Intendanten beschränkt werden. Das Gehalt des Intendanten soll an dem eines Abteilungsleiters im Ministerium orientiert sein (Besoldungsgruppe B). Die Nebeneinkünfte sollen offengelegt werden.
- die Trennung der Angebote des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks, die weitestgehend der Unterhalten dienen von denen, die überwiegend der freien

Meinungsbildung dienen. Für diese Bereiche sind getrennte Beiträge zu berechnen, wobei lediglich der Beitrag zur Finanzierung der Inhalte, die nicht der Unterhaltung dienen, als Rundfunkbeitrag erhoben wird; im Übrigen sollen die Unterhaltungsinhalte als Zusatzmodul hinzubuchbar sein.

- eine größere Durchlässigkeit, Diversität und Transparenz in der Personalgewinnung und in internen Prozessen.
- dass sich die CDU bemüht, zielgerichtete Arbeit in den Rundfunkräten zu gewährleisten, kulturpolitische Expertise unterstützt und intellektuell stärkt, um ihren Einfluss zu behaupten.
- dass die CDU aktiv mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Gespräch und die journalistische Nachwuchsförderung kritisch betrachtet.
- der ÖRR Volontariate und journalistische Ausbildungen subventioniert, damit eine journalistische Laufbahn keine Frage der sozialen Herkunft bleibt.
- die Offenlegung von Beraterverträgen.
- Transparenz in die Struktur der Sendertöchter zu bringen.
- dass, ähnlich wie beim BBC, Produktionen, die durch öffentlich-rechtliche Mittel entstanden sind und von Sendertöchtern verkauft werden, in die Redaktionen zurückfließen sollen.